Kurznachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Lesbenfront**

Band (Jahr): **- (1978)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kurznachrichten

Seit Frühjahr 1976 gibt es eine Elternkontaktstelle für Eltern homosexueller Töchter und Söhne. Sie wehrt sich gegen "die Diskriminierung und künstliche Kriminalisierung (Art. 194 StGB), gegen die Diffamierung in der Oeffentlichkeit und gegen die ungerechtfertigten Zurückstellungen im beruflichen Bereich". Adresse: Elternkontaktstelle Postfach 94 8804 Au/ZH

* *

Anita droht Prozess

San Franzisko (UPI) - Fünf Millionen Dollar Schmerzensgeld verlangt die Mutter eines unlängst in San Franzisko ermordeten Homosexuellen von Anita Bryant. Der Kampagneführerin droht ein Prozess, weil sie angeblich dafür verantwortlich sein soll, dass in dieser Stadt Robert Hillsborough ermordet wurde. In Florida hatten bekanntlich Slogans, wie "Kill a Queer for Christ" (Bring für Christus einen Schwulen um), die Runde gemacht. Die 73 jährige Mutter des Ermordeten sieht in diesem Aufruf offenbar einen direkten Zusammenhang mit dem Mord an ihrem Sohn.

Aus "Gay News Germany"

Anita Bryant gefeuert!

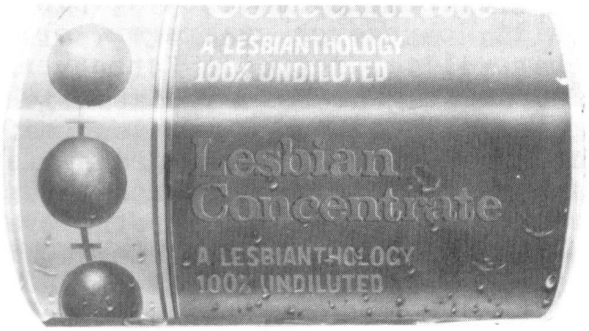
Miami (NZGN) - Anita Bryant, amerikanische Sängerin und Leiterin einer Antihomosexuellen-Kampagne, hat ihren Job verloren. Wie der Verkaufsleiter Douglas Hoffer der Florida Orange Juice Co. zugab, hätten dies die Homosexuellen Amerikas mit ihrem strikten Boykott von Orangensaft in den homosexuellen Bars der USA bewirkt. Hinzu kamen die Auswirkungen der beiden Kampagnen, der Antihomosexuellen-Kampagne der Bryant und der gegen sie gerichtete Homosexuellen-Kampagne. Anita verliert damit ein Jahresgehalt von 1000'000 Dollars. Wie "New Zealand Gay News" ohne nähere Quellenangabe bekanntgab, wird damit der Orangensaft-Boykott der amerikanischen Homosexuellen sofort aufgehoben.

Anita Bryant bekam die Macht der Werbung am eigenen Leib zu spüren. Man erklärte ihr nämlich, sie könne nicht Evangelistin und Werbemanagerin zugleich sein. Die Verbraucher hätten sie bereits stärker mit ihrer Antihomosexuellen-Kampagne identifiziert als mit Orangensaft. Und das sei für das Produkt eben schlecht, sagte die Firma, die sich die Mühe gemacht hatte, die Kundenmeinung mittels einer Befragung zu erforschen.

Aus "Gay News Germany"

Lesbian Concentrate

Aus diesem Anlass presste die Frauenschallplattenfirma Olivia Records die Platte LESBIAN CONCENTRATE, 100% undiluted (lesbisches Konzentrat, 100% unverdünnt). Es ist eine Sammlung von Lesbenliedern und Gedichten mit provokativen Texten. Der Titel ist eine Ironie auf Anita's Werbung mit Organensaft.



Internationaler Tag der Frau

Die (sda) "Schweizerische Depeschen-Agentur" teilte schon am 2. März allen Zeitungsredaktionen mit, dass am 4. März in Freiburg eine nationale Frauen-Demo stattfindet. Sie teilte auch die repressiven Bedingungen der Freiburger Behörden mit, unter anderem:

Die Umzugsroute musste so abgeändert werden, dass sie nicht durch die Hauptgeschäftsstrassen führt, da diese nur "für militärische Defilees, Sühne-Kreuzzüge (s.Zeitungsausschnitt), religiöse Prozessionen und Folklore-Umzüge freigegeben werden". Die Organisatorinnen erklärten, sie seien gezwungen gewesen, sich schriftlich zu verpflichten, diese Auflagen zu respektieren, ansonsten ihnen die Gemeinde die Bewilligung auf Durchführung nicht gegeben hätte.

Sind wir schon (wieder) so weit?! Hier, so glaube ich, hätte jeder "Journalist" resp. jede Zeitung ganz massiv reagieren sollen, sich betroffen fühlen müssen. Was geschah: